

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1865

15.2.1865 (No. 39)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 15. Februar.

Nr. 39.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr. Einrückungsgebühr: die gepaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1865.

Deutschland.

Frankfurt, 10. Febr. Man schreibt der „Deutsch. Allg. Ztg.“: Wir glauben zu wissen, daß Rußland in allerneuester Zeit, frühere ähnliche Eröffnungen bestätigend und ergänzend, ganz bestimmt erklärt hat: 1) daß es der obdenburgischen Kandidatur seit der geschehenen Session vollständig fremd sei und bleiben werde, und 2) daß es unbedingt die Entscheidung des Bundes in der Erbfolgefrage anerkennen werde.

München, 11. Febr. (Schw. Mkt.) Die mehrtägigen lebhaften Debatten im Gesetzgebungs-Ausschuß über die Theilnahme der Staatsanwaltschaft an den Zivilprozess-Verhandlungen endeten mit fast einstimmiger Annahme des Grundgesetzes, daß nur ausnahmsweise und in den einzelnen gesetzlich festzustellenden Fällen dem Staatsanwalt die Befugnis zuerkannt werden sollte, der Zivilprozess-Sitzung anzuwohnen und nach dem Schluß der Verhandlung dem Gericht seine Ansicht vorzutragen. — Der Geschäftsbericht der Direktion der bayerischen Ostbahn für 1863—1864 ergibt für die Aktionäre sehr erfreuliche Resultate. Hiernach wird die Eröffnung der Strecke von Mitterteich bis zur böhmischen Landesgrenze schon demnächst, und die Vollendung der Bahn bis Eger im Herbst dieses Jahres stattfinden. Von dem Aktienkapital zu 60 Millionen sind über 55 Mill. voll einbezahlt; am Jahresschluß bestand ein verfügbarer Kapitalrest von nahezu 7 Mill. Das finanzielle Resultat des Betriebsjahres 1863 bis 1864 entziffert nach Wegrechnung der Zinsen für die Aktien einen Ueberschuß von 113,115 fl., der die Gewährung einer Dividende zu 1/2 Prozent sichert.

Wiesbaden, 12. Febr. Im Offizierkorps haben bedeutende Beförderungen stattgefunden. Zu Generalen wurden ernannt die Obersten: Prinz Nikolaus, v. Holbach, Ziemisch, Roth; zu Obersten: die Oberleutnanten Neuerdorf, Schmidt und v. Arnoldi; zu Oberleutnanten die Majore Schmal und Klein.

Koburg, 6. Febr. (Leipz. Ztg.) Der Staatsminister v. Seebach zu Gotha und Geh. Staatsrath v. Pawel hier haben vom Kaiser von Oesterreich das Großkreuz des Franz-Joseph-Ordens und vom Kaiser von Brasilien das Großkreuz des Rosenordens erhalten.

Weimar, 11. Febr. (F. P. Z.) In der gestrigen Sitzung der Abgeordneten-Kammer beantwortete Staatsminister v. Wabendorff die Interpellation über ein allgemeines Polizeistrafgesetzbuch, indem er nachzuweisen suchte, daß und warum polizeiliche Bestimmungen sich nicht zu einem allgemeinen Gesetzbuch eignen. Eine andere Interpellation, die sich auf die Abgaben an Kirchen, Pfarrer und Schulen betraf, beantwortete Geh. Rath v. Winklinger dahin, daß binnen kurzem eine besondere Vorlage darüber erfolgen werde. Der Finanzausschuß beantragte, die Regierung möge einen Vorschlag des notwendigen Kasernenbaues in Eisenach bewilligen lassen, was der Landtag ohne Debatte annahm. — In wenigen Tagen verläßt der bisherige Bezirksdirektor v. Schwendler Eisenach, um als Geh. Staatsrath den Ministerposten in Koburg zu übernehmen. Die Verpflichtung desselben ist bereits erfolgt.

Dresden, 12. Febr. (Mittags. A. Z.) So eben verkündet Kanonendonner, daß in den Kirchen der Residenz das Gedächtnis des Herzogs Karl Theodor in Bayern mit der Prin-

zessin Sophie angestimmt worden ist. Die Vermählung selbst ist in der Stille in der Kapelle des königl. Schlosses durch den hiesigen apostolischen Vikar Bischof Jorwerk vollzogen worden, und außer der königlichen Familie und den anwesenden fürstlichen Gästen haben derselben nur die zum großen Dienst gehörigen Kavaliere, die Gesandten Oesterreichs, Bayerns und der sachsen-erzherzoglichen Häuser, sowie die Minister und eine Anzahl Herren aus der ersten und zweiten Hofrang-Ordnung als Zeugen beigewohnt.

Hamburg, 11. Febr. (Köln. Ztg.) Zwei Bevollmächtigte der preussischen Bank haben hier Aufenthaltskarten genommen und danach auf Grund des neuen Gewerbegesetzes, welches auch Auswärtigen den freien Gewerbebetrieb gestattet, nach Vorchrift des hiesigen Gesetzes wegen der Errichtung u. v. von Handelssozialitäten, anonymen Gesellschaften u. A. die hiesige Filiale der preussischen Bank auf dem Firmenbureau des Handelsgerichts deklarirt. Gestern wurde denselben die Zulassung noch nicht sogleich zugestanden, weil offenbar die Neuheit der Sache und ihre unverkennbar große Tragweite die Beamten überaus besorgte, indem bis dahin nur hiesige Bürger oder Staatsangehörige als Agenten fremder Aktiengesellschaften ein hiesiges Etablissement errichten hatten, und sie deshalb erst höhere Orts-Vorhaltungsbeschränkungen einholen wollten. Nachdem solches geschehen, ist, dem Vernehmen nach, die Zulassung der Filiale der preussischen Bank heute ohne weitere Beanstandung vor sich gegangen, und diese dürfte schon in den nächsten Tagen ihre Thätigkeit beginnen. Wie leicht erklärlich, macht die Sache am hiesigen Platz viel Aufsehen; denn wenn man auch mit dem Gedanken, daß nach dem am 3. Febr. gefassten Beschluß der Generalversammlung der preussischen Bank hier oder in Altona eine Filiale derselben werde eingerichtet werden, sich allmählig vertraut machte, so war doch Niemand darauf vorbereitet, daß man von Berlin aus so rasch damit vorgehen werde. Für den allgemeinen deutschen Handel und das deutsche Geldwesen wird diese Maßregel von großer Bedeutung und wesentlichem allgemeinem Nutzen werden. Der Substitutions- und Devisenmarkt der isolirten Bank-Baluta in Hamburg wird durch die hiesige Filiale der preussischen Bank in Verbindung mit der norddeutschen Bank unverkennbar ein erheblicher Voranschub geleistet. Es ist wohl nicht zu bezweifeln, daß auch in Bremen demnächst eine Filiale der preussischen Bank eingerichtet werden wird, obgleich es dort deshalb größere Schwierigkeit haben möchte, weil in Bremen die Gewerbefreiheit noch nicht, wie hier, auf daselbst domizilirte fremde Staatsangehörige ausgedehnt ist, und die Geschäftsführung eines solchen Geschäftes also nicht auf den Namen preussischer Bankbeamten beschränkt werden könnte, worauf man doch in Berlin großes Gewicht legen muß. Dem Vernehmen nach wird in Kiel ebenfalls eine Filiale der preussischen Bank sofort errichtet werden.

Zeboe, 9. Febr. (Schw. Mkt.) Seit einiger Zeit schon haben wir hier starke Kälte und dabei große Schneemassen. Der schneidende Ostwind vermehrt die Unbehaglichkeit der Witterung. Häufig kommt die Post aus Dithmarschen mit Vorspann, die Untererde ist ganz zugefroren. — Am 1. Febr. hatten bei uns nicht viele Häuser geflaggt. Der Befreiungsfeiern hatten wir schon manche, und das Provisorium lastet auf den Gewissen, ein Druck, den auch der Einzelne, welcher der großartigen Begebenheiten des vorigen Jahres in dankbarem Herzen gedenkt, nicht abwälzen kann. —

Da die über das Land vertheilten Truppen jetzt als Garnison angesehen werden, so hat die Beiziehung der Miether zur Einquartierungslast aufgehört.

Kiel, 10. Febr. Man schreibt der „Hambgr. Ztg.“: Es ist bekannt, daß zur Erbauung von Kriegsschiffen u. ein großes Etablissement am Kieler Hafen projektirt ist, und daß für den Zweck bereits Unterhandlungen über den Erwerb verschiedener Grundstücke gepflogen sind. Wie man jetzt bestimmt wissen will, sollen die Verkäufe fest abgeschlossen sein, und wäre damit das Zustandekommen eines Unternehmens gesichert, welches für die Stadt Kiel von größter Wichtigkeit ist. Die verkauften Grundstücke, für welche die frühesten Eigener natürlich gute Preise erzielt haben, liegen auf der südöstlichen Seite des Hafens, auf dem Gebiete des Klosters Breez, und ziehen sich von der Wilhelminenhöhe (die nicht verkauft ist) fast bis zum äußersten Ende des Hafens hin. Begreiflicher Weise wird die Sache hier vielfach besprochen, und eine Masse von Gerüchten tauchen über den Gegenstand auf. Es steht übrigens fest, daß das Unternehmen von einer Privatgesellschaft entritt wird, die, wie man behaupten will, unter dem Protektorat des Kronprinzen von Preußen steht. Die ersten Geldmänner Deutschlands sollen Theilnehmer der Gesellschaft sein, unter Anderen wird Baron Erlanger in Frankfurt, und in Hamburg das Hans Salomon Heine genannt. Die Gesellschaft soll beabsichtigen, Aktien zum Werthe von 1000 Mkt. Ert., in zwei Jahren zahlbar, auszugeben, um auch den Besitzern kleiner Kapitalien Gelegenheit zur Theilnahme zu bieten. Das Etablissement selbst wird wahrhaft großartige Dimensionen annehmen. Hauptsächlich wird man sich mit der Herstellung gepanzerter Kriegsschiffe beschäftigen, doch wird die Gesellschaft alle Theile der Schiffe selbst anfertigen; so soll u. A. eine Maschinenfabrik projektirt sein, die etwa 1000 Arbeiter beschäftigen würde. Es steht zu erwarten, daß die Gesellschaft eine gewisse Garantie besitzt; und das Gerücht, Preußen habe sich verpflichtet, seine Schiffe bei der Gesellschaft bauen zu lassen, erscheint nicht unwahrscheinlich. Bekanntlich ist es dem hiesigen Advokaten und Generalen, die Verkäufe abzuschließen.

Kiel, 11. Febr. (A. Z.) Auf Einladung Herzog Friedrich's war gestern eine Anzahl Notabilitäten beider Herzogthümer, etwa 20 Personen, bei demselben zu einer vertraulichen Besprechung über die gegenwärtige Lage des Landes vereinigt. Ritterkämmerer und Prälaten, Grundbesitzer, Stände, Universität, kommerzielle und politische Bedeutung waren in der Versammlung vertreten. Ueber die Ergebnisse der Besprechung verläutet noch nichts.

Schleswig, 10. Febr. Das „Verordnungsblatt“ enthält eine Bekanntmachung der Landesregierung vom 3. d. wegen Anmeldung von Ansprüchen an die dänische Regierung auf Grund von hinterlegten Kauttionen, Depositionen, Konfignationen u. c., und ist als letzter Anmeldetermin der 15. März d. J. festgesetzt.

Berlin, 12. Febr. (Köln. Ztg.) Gegenwärtig finden hier Ministerialberathungen in Betreff der Marine statt, zu welchen die Admiralität auch die geeigneten Offiziere einberufen hat. Der einstweilige Marine-Stationchef, Oberst Rode aus Danzig, ist gleichfalls hieher beschieden. Diese Berathungen haben auch auf den Flotten-Gründungsplan Bezug. — Von den durch den Staats-Gerichtshof in dem

Karlsruhe, 6. Febr. (Wintervorlesung, Fortsetzung.) Im Lauf des Landtags von 1822 hatte ein neuer Abgeordneter, v. Zscheine, bald großen Einfluß in der Zweiten Kammer erlangt. Mäßig und thätig, wie kaum einer seiner liberalen Kollegen, gewandt in der Diskussion, auf jede Woge der Gegner lauend, immer zu treffender Erwiderung, oft zu schonungslosem Witz bereit, trat er bald in die Stelle ein, welche v. Liebenstein seit seiner Beförderung verlassen hatte. Er beantragte hier unter Anderm die Vorlage der seit dem letzten Landtag erlassenen provisorischen Verordnungen und auf die Einholung der landständischen Zustimmung zu künftigen Staatsverträgen und zur jährlichen Rekrutenanzahlung.

Fürst Metternich erkannte sofort in dem Auftreten dieses Mannes den Gegensatz zu der politischen Thätigkeit der bisher einflussreichen Liberalen und nannte v. Zscheine den ersten praktischen Radikalen, von dem die größten Gefahren zu besorgen seien, wenn man ihn gewähren lasse. v. Blittersdorff, mit der von ihm angeregten Sendung betraut, überschritt man in seinem ungehämten Eifer seine Instruktionen und schilderte dem Fürsten-Staatskanzler die badiischen Zustände mit so düstern Farben, daß Minister v. Peretti, als er mit dem österreichischen Staatsmann in Innsbruck zusammentraf, die größte Mühe hatte, denselben von der Ansicht zurückzubringen, daß Baden am Vorabend einer Revolution stehe, und der Großherzog nicht mehr wünsche, als eine Intervention der großen Mächte.

Ein zweiter Versuch, den v. Blittersdorff im Januar 1823 zu Gunsten seiner Lieblingsideen machte, scheiterte ebenfalls; nicht einmal das Minimum seiner Desiderien, das Aufheben der Despotie aller ständischen Verhandlungen, konnte er durchsetzen.

Gleichwohl machte sich in Baden der neue Standpunkt der Regierung sofort dadurch bemerkbar, daß bei Erledigung des Präsidiums im Justizministerium Geh. v. Zscheine diesen Posten erhielt, und v. Liebenstein als Kreisdirektor nach Karlsruhe kam, sowie auch der für liberal geltende Staatsrath Reinhard aus dem Mi-

nisterium des Auswärtigen entfernt wurde. Ferner stellte v. Blittersdorff den Antrag, die Regierung solle in der nächsten Landtags-Sitzung Nichts als das Budget genehmigen und sich in demselben keine Resolution gefallen lassen. Werde das Budget nicht in dieser Weise genehmigt, so solle der Landtag sofort aufgelöst werden.

Unter solchen trüblichen Konstellationen trat die Kammer im November 1822 wieder zusammen und wurden sich bald der großen Bedeutung ihres Verhaltens bewußt. Die von Zscheine geführten Liberalen überschätzten ihre Macht, und als die Erste Kammer den entgegenstehenden Ansichten schärfsten Ausdruck gab, fand die Ansicht Raum, dieselbe sei nur ein „Damm, an dem die Entwürfe der Zweiten Kammer scheiterten.“

Auch in den Diskussionen der Zweiten Kammer kam es zu stürmischen Debatten. Sie waren ein Vorspiel des großen Konfliktes, den am Ende der Budgetberathung die Feststellung des Militäretats schließlich hervorrief. Die Forderung der Regierung betrug 1,648,000 Gulden. Die Budgetkommission beantragte eine Herabsetzung auf 1,450,000 Gulden, worauf die Regierung eine Reduktion auf 1,550,000 fl. unter der Bedingung vorschlug, daß ihr für den Fall der Ungültigkeit ein weiterer Kredit von 50,000 fl. eröffnet würde. Die Kammer aber verwarf mit allen Stimmen, außer der des Regierungskommissärs Winter, diesen Vorschlag, und genehmigte nur 1,500,000 fl.

Damit war der Konflikt erklärt. Die Regierung machte der Kammer alsbald förmlich und förmlich in einem Allerhöchsten Reskript die Anzeige, daß die Stellung des Kriegsherrn als Bundesgliedes jene Summe erfordere, und daß nach Art. 58 der Wiener Schlussakte die Stände den Fürsten nicht an der Erfüllung seiner Bundespflicht hindern dürften. In der darauf folgenden Sitzung bot v. Liebenstein die ganze Fülle seiner Beredsamkeit auf, um die Kammer zur Nachgiebigkeit zu stimmen, während v. Zscheine in feuriger Rede dagegen sprach und auf den prinzipiellen Standpunkt das Hauptgewicht legte. Die hochwichtige Abstimmung erfolgte, und mit 30 Stimmen gegen

29 wurde der Kommissionsantrag angenommen. Die Regierungskommissäre verließen sofort den Saal, und am 31. Jan. 1823 wurde der Landtag geschlossen.

Damit war das Loos des badiischen Konstitutionalismus für die nächsten acht Jahre entschieden.

Dieser Sieg v. Zscheine's über v. Liebenstein, des radikalen Prinzipals über das liberale, brachte nicht nur den momentanen Frieden des Landes, sondern auch die ganze Zukunft der Verfassung in Gefahr. Von allen Gesetzen, welche während dieser Landtags-Sitzung von den Kammern beschlossen waren, wurde nicht allein kein einziges publizirt, sondern es begann jetzt auch eine systematische Agitation gegen die Verfassung selbst. Während das Metternich'sche System unter Blittersdorff's eifriger Mitwirkung in Frankfurt seine Triumphe feierte und die trefflichsten der dort tagenden Männer, wie Wangenheim, Lepel, Garnier, zum Opfer fielen, säumten auch in Baden die Gegner des konstitutionellen Lebens nicht, die Günst der Zeit, so gut es immer ging, auszunutzen. Für einen Mann wie G. S. Baharia blühte jetzt der Weizen. Er vergaß sich soweit, daß er dem Großherzog nicht allein die Aufhebung der Verfassung anrieth, sondern einem solchen Staatsstreiche sogar mit unerhörter Sophistik die Maske einer auf dem Rechtsboden stehenden Handlung umging. Er hatte bereits einen Gesetzentwurf, der die Aufhebung aussprach, ausgearbeitet und mit seiner Denkschrift vorgelegt.

Wieder war es Minister v. Peretti, welcher solchen übermäßigen Eifer dämpfte und auf das Bedenkliche eines solchen Vorgehens, zu dem selbst Fürst Metternich nicht zurieth, aufmerksam machte. (Schluß folgt.)

— Die vom Kaiser Napoleon verfaßte Geschichte Julius Cäsar's wird bei Moriz Rath in ungarischer Sprache erscheinen.

fol. Polen-Prozess in contumaciam Verurtheilten stellen sich zu der vom 16. f. M. ab stattfindenden Nachtrags-Verhandlung immer mehr; außer dem Gutsbesitzer Wolmiete, der seit vorgestern hier verhaftet ist, hat auch Hr. v. Jaroczewski sich stellen zu wollen angezeigt. — Es wird gegenwärtig daran gearbeitet, den Postzwang, wo es sich irgendwie thun läßt, aufzuheben und so namentlich den Geldzwang zu beseitigen, zu welchem Zweck mit den Eisenbahn-Verwaltungen Unterhandlungen gepflogen werden. Obwohl die Post somit allen Anforderungen entgegenkommt, hat es sich doch gezeigt, daß das Publikum den freigegebenen Zweig keineswegs pflegt, wie dies die Aufgabe des Fahrpost-Monopols am deutlichsten erwiesen hat. Der Fahrpost-Verkehr hat nämlich seit der Freigabe der Sendungen entschieden zugenommen. Die Herabsetzung des Briefporto's ist gleichfalls in Aussicht genommen, da es feststeht, daß der interne preussische Portotarif, wie er seit 1850 besteht, jetzt einer der höchsten ist. In der Absicht liegt es, für den ganzen Staat ein einförmiges Porto von einem Silbergroschen für den einfachen Brief festzusetzen, was sich dem in dem vereinigten britischen Reich (mit einem Penny) und in Frankreich (mit 20 Centimes) bestehenden Satz annäherte. — Der Errichtung einer Eisenbahnlinie von Posen nach Warschau über Elbing wird jetzt näher getreten. Die Genehmigung zu den Vorarbeiten ist von Seiten der preussischen und russischen Regierung bereits erteilt, und es ist zu erwarten, daß der Ausbringung der Geldmittel, zu welchem Zweck jetzt ein besonderer Ausschuss zusammentritt, auch die Konzession folgen wird. — Die geschäftsführende Direktion des Vereins deutscher Eisenbahn-Verwaltungen hat unterm 2. d. M. über die endgültigen Erklärungen der Vereinsverwaltungen in Betreff der auf der Generalversammlung in Hannover gefaßten Beschlüsse Bericht erstattet. Das Frachtbrief-Formular ist demnach jetzt von allen Verwaltungen genehmigt, so daß auch hier wieder ein Schritt zur Einheit vorwärts gethan ist.

Berlin, 13. Febr., Mittags. Man schreibt der „Köln. Ztg.“: In den handelspolitischen Verhandlungen mit Oesterreich ist man über Zolltarif und gegenseitige Grenzverkehrs-Erleichterungen so gut wie einig. Die darauf bezüglichen Verträge würden unter allen Umständen abgeschlossen werden. Dagegen ist man über die Weinzoll-Frage noch nicht einig geworden. Hr. v. Hoch soll über diesen Punkt noch Instruktionen erwarten. Daher ist die Tarifreduktion noch im Ungewissen.

Wien, 10. Febr. (Köln. Ztg.) Die kroatische Nationalkonferenz in Agram hat rasch eine sehr bedeutende Thätigkeit entwickelt, und der zur Vorbereitung eines Wahlgesezes niedergesetzte Ausschuss vollendete sogar bereits den Entwurf eines solchen, der jedoch die Wahlordnung von 1861 (bekanntlich damals ad hoc von der Regierung aufgestellt und von derselben nicht mehr für geeignet gehalten) zur Basis hat. Der wichtigste Verhandlungspunkt betraf die Willkürmengen der Magnaten. Im kaiserlichen Berufungsschreiben ist schon darauf hingedeutet, wie mißlich oder vielmehr völlig unmöglich die Beibehaltung dieses allerdings uralten Rechtes sei. Im Ausschuss standen sich die beiden entgegengesetzten Anschauungen gegenüber: daß die Konferenz verpflichtet sei, sämtlichen in Kroatien und Slavonien begüterten Magnaten beim bevorstehenden Landtag das Stimmrecht zuzusprechen (was dann den ungarischen Magnaten zu Gute kommen und der ungarischen Partei das Uebergewicht im Landtag sichern würde), und daß die Konferenz von dem Grundsatz ausgehen müsse, es solle kein Magnat, ohne Unterschied, eine Stimme im Landtag haben, außer, wenn er gewählt wird. Man verständigte sich über einen Kompromißvorschlag, der jedoch das Prinzip der Selbstvertretung wahrte. Das Resultat der zweitägigen Berathung war nämlich das folgende Projekt: 1) Die Zahl der gewählten Landtags-Vertreter beträgt 88, weil jeder Gemeinde, welche 500 Bewohner zählt, das Recht eingeräumt wird, einen Wahlmann zu wählen, so daß auf 12,000 Seelen ein Landtags-Deputirter kommt. 2) Das Stimmrecht genießen nur die im Lande wohnenden Magnaten (also nicht auch die ungarischen, welche bloß Grundbesitz im Lande haben), 25 an der Zahl. Würden dazu die Bischöfe beider Riten, dann die Städte und andere Korporationen hinzugeschlagen, so ergibt sich die Stimmenzahl der nicht gewählten Landtags-Mitglieder mit 44. 3) Die Vertretung Dalmatiens wird um so mehr erwartet, als die Frage der Vereinigung Dalmatiens mit Kroatien durch die Krone offen gelassen und der Vereinbarung der Landesvertretungen von Agram und Zara anheimgestellt wurde. 4) Die bisherige Vertretung der Militärregimente wird von vier auf zwei Deputirte bei jedem Grenzregiment herabgesetzt. 5) Die Wahlen, sowohl in den Städten als auf dem flachen Lande, sollen nach den althergebrachten Gebräuchen vor sich gehen. Dieses Operat ist am 6. Febr. dem Plenum der Konferenz vorgelegt worden und wurde von derselben gestern genehmigt. Eine Kollektivbeschwerde der Magnaten (d. h. der im Lande nicht wohnenden) an den Kaiser wird vorbereitet.

Wien, 12. Febr. (Presse.) Einer an sie ergangenen Einladung entsprechend, fanden sich heute gegen 100 Mitglieder des Abgeordnetenhauses im Palais des Staatsministeriums zu einer vertraulichen Besprechung bezüglich der Einbringung des Budgets für 1866 ein. Unter den Anwesenden waren diesmal alle Fraktionen und Parteihäupter, mit Ausnahme der entschiedenen Opposition und der polnischen Fraktion, vertreten. Der Staatsminister machte die formelle Mittheilung, daß die Regierung gesonnen sei, das Budget für 1866 in den nächsten Tagen dem Abgeordnetenhaus vorzulegen. Wie man erzählt, begleitete er diese Mittheilung mit einer Ansprache, in welcher er, anknüpfend an die Adresse, mit der das Abgeordnetenhaus die Thronrede beantwortet hat, die wichtigsten Momente der Regierungspolitik berührte. An der Diskussion, welche sich mitunter in eine Kritik der vom Minister ausgesprochenen Ansichten erweiterte, theilnahmen vornehmlich die Abgeordneten Hagenauer, Baron Pratobevera, Sabil, Baron Tintz, Bischof Dobrila, Dr. Stamm,

Ritter v. Waser, Graf Brinck, Leutsch, Dr. Roman, v. Hopfen und Baron Riese-Stallburg. Die Versammlung zeigte sich, unter der Voraussetzung, daß es dadurch gelingen werde, das Defizit ganz zu beseitigen, oder doch wesentlich herabzumindern, nicht abgeneigt, in die sofortige Beratung des Budgets für 1866 einzugehen. Mit der heutigen Besprechung scheinen die Konferenzen bezüglich dieser Angelegenheit vorläufig ihren Abschluß gefunden zu haben.

Wien, 13. Febr. (A. Ztg.) Die „Generalkorresp.“ schreibt: Bezüglich der Zahlung der fälligen Staatsschuld-Rate von 11 Millionen an die Bank ist mit Rothschild und den meisten Mitgliedern des für das Geschäft des Domänenverkaufs zusammengetretenen Konsortiums, aber unabhängig von letzterem, ein Abkommen vereinbart worden. Nach dem 14. Febr. werden die Verhandlungen behufs des Domänenverkaufs wieder aufgenommen werden. — Der „Wien. Abendpost“ zufolge ist die Bildung einer internationalen Enquete-Kommission beschlossen. Es werden drei Vertreter Oesterreichs und drei Englands unter der Oberleitung des Handelsministeriums fungiren. Die Kommission wird nach Bedarf durch Zuziehung Sachkundiger aus dem Bereich der Produktion und des Handels für einzelne Zweige und Artikel verstärkt werden und sich lediglich darauf beschränken, die Verkehrsbeziehungen und Verhältnisse zwischen Oesterreich und England zum Gegenstand der Untersuchung zu machen, und dadurch, wenn möglich, die Grundlage für anzubahmende Verkehrs- und Tarifserleichterungen im beiderseitigen Interesse zu gewinnen. Die „Abendpost“ meldet ferner: Die Vorlage des neuen Zolltarif-Entwurfs wird jedenfalls noch im März vor den Reichsrath gebracht werden.

Wien, 13. Febr., Nachmittags. (Fr. P.-Ztg.) Die vereinsländischen Kommissäre in Berlin werden übermorgen in der Lage sein, auf die Tarifvorschläge Oesterreichs zu antworten.

Wien, 13. Febr., Abends. (Fr. P.-Ztg.) In den Sachministerien wird darüber berathen, ob eine Begünstigung bezüglich der Weinzölle als *conditio sine qua non* in Berlin festzuhalten sei. — Der Kronprinz leidet an einem Kehlkopf-Katarrh, der indessen einen günstigen Verlauf nimmt.

Italien.

Turin, 8. Febr. Man schreibt der „Köln. Ztg.“: Auf die Anfrage des Justizministers hat der Staatsrath sich dahin ausgesprochen, daß die Ertheilung der Erlaubniß zur Veröffentlichung der Encyclica statthaft sei, in Anwendung des Grundgesetzes von der freien Kirche im freien Staat, womit natürlich nichts weniger als eine Solidarität mit den Grundsätzen der Encyclica erklärt werde.

Turin, 10. Febr. (Köln. Ztg.) Der italienische Nationalverein wird am nächsten Dienstag eine Generalversammlung halten, zum Zweck, alle liberalen Vereinigungen des Königreichs in einen Verein zusammenzufassen. Es handelt sich namentlich darum, die Bewerbungen für die nächsten Wahlen im ganzen Königreich zu organisiren. Außerdem ist der Plan im Werke, sobald die Ueberlieferung nach Florenz stattgefunden hat, dort ein großes Blatt der ganzen Partei zu gründen. Die hervorragendsten Parteimitglieder haben ihre Bethätigung an demselben zugesagt. Das Dutzend des Gründers des Vereins La Farina, der so viele Verdienste um die Befreiung Siziliens hat, wird am Donnerstag eingeweiht werden. — Der Karneval in Turin bietet dieses Jahr Denen, die das Vergnügen suchen, noch weniger als sonst. Die Auswanderung der Vergnügungslustigen nach Mailand beginnt bereits. Dort werden die Vertreter der bedeutendsten Städte Italiens und fast sämtliche Mitglieder des diplomatischen Korps sich einfänden. Man hatte zwar den Plan, außergewöhnliche Beisitzungen in Turin zu veranstalten, mußte aber davon absehen, weil die Mehrzahl der Bevölkerung entschlossen ist, sich nicht zu beurlauben. — Bei der Untersuchung über die Ereignisse vor der Abreise des Königs hat man bei Hrn. Decardenas ein Pfeisgen und mehrere Abdrücke einer Protestation gegen die Regierung gefunden. Decardenas wollte die Sache in's Räucherliche ziehen. Man glaubt aber, es werde ein Exempel statirt werden. Dann dürfte die Sache ziemlich ernst werden; denn da eine Beleidigung der Person des Königs vorliegt, so kann auf fünf Jahre Gefängniß erkannt werden.

Turin, 11. Febr. Während die „Italie“ behauptet, ganz sicher zu wissen, daß die Deputation der Munizipalität von Turin erst am 19. d. M. vom König in Turin empfangen wird, berichtet die „Opinione“, daß Marquis de Flora und der Assessor, Kommandeur Paterni, Ritter Barriero, Ritter Agabino und Graf Felice Rignon am 12. bereits zum König nach Florenz gehen würden.

Florenz, 7. Febr. (A. Ztg.) Gestern sind der Unterrichtsminister Baron Natoli und der Senator Arese hier eingetroffen. Was bisher binnen Monaten nicht zu Stande kommen konnte, ist nun binnen wenigen Tagen ausgeführt worden. Der Ballast Niccardi war bekanntlich für das Ministerium des Innern bestimmt, blieb aber, wie bisher, für die verschiedenen Zwecke im Gebrauch. Jetzt hat das Oberkommando der Nationalgarde denselben räumen müssen, um seine Residenz im Palazzo Amerighi in Via Maggio zu nehmen. Die ganze philologisch-philosophische Sektion des Istituto di Perfezionamento, die sich darin geräumige Hörsäle eingerichtet, hat ihre Lokale aufgeben müssen, und den überraschten Zuhörern, die sich zu den üblichen Stunden der Vorlesungen gestern einfanden, wurde von dem Sekretär des Instituts eröffnet: daß die Professoren noch nicht wüßten, wann und wo ihnen andere Lokale eingeräumt werden würden. Auch über die Vereinigung der Bibliotheca Palatina, die mit ihren 100,000 Bänden einen großen Raum im Pitti-Palast einnimmt, mit der Magliabechiana in den Uffizien war Jahre lang bestritten und gesprochen worden, ohne daß sie zur Ausführung kommen konnte. Jetzt braucht der König die Räume der Palastbibliothek für seinen Hofhalt, und sofort begab sich

gestern der Präsekt Cantelli mit dem Architekten Mazzei nach der Magliabechiana, wo im Verein mit dem Oberbibliothekar Canestrini die erforderlichen Einrichtungen für die Vereinigung beider Bibliotheken in Berathung gezogen wurden. Es ist hierbei zu erwähnen, daß für die vereinigte Nationalbibliothek eine ähnliche Verstellung der Theile eines wissenschaftlich und für die Bedürfnisse der Praxis herzustellenden Ganzen besorgt wurde, wie sie zum Nachtheil des Zentralarchivs im Werk ist. Hiesige Senatoren, darunter Ridolfi, Capponi, Bufalini, Strozzi, machten kürzlich, wie es schien, wohl nur um ihrer Verantwortlichkeit sich ledig zu zeigen, der Präsekt Cantelli eine mit Gutachten von Fachleuten begleitete Vorstellung, um die Einrichtungen in den Uffizien für Lokale des Senats abzuwenden. Neben dem Motiv, daß durch die Heizung der Senatstokale die Feuergefahr für die Sammlungen der Kunst und Wissenschaft zu drohend werde, wurden die zwei andern angeführt, die sich auf die Verstellung der Archive und auf die verhinderte Vereinigung der genannten Bibliotheken bezogen. Die Benutzung der jetzt für den Senat bestimmten Lokale zur Aufnahme der Palatina würde aber für die Nationalbibliothek zu demselben Ungeschied geführt haben, mit dem das Archiv betroffen wird. Man hat nun den Plan angeregt, die Palatina in die hinten an die Uffizien anstoßende frühere Kaserne der Veliti aufzunehmen, womit sich für eine Büchersammlung von 200,000 Bänden ein geeigneter Mittelpunkt herrichten ließe.

Florenz, 7. Febr. Die Bischöfe von Umbrien beschwören nun ebenfalls in einem Kollektivschreiben den Justizminister, sein Zirkular in Betreff der Encyclica nicht auszuführen zu wollen; wenn aber doch, so erklären sie, daß keine Drohung noch Autorität sie zur Befolgung desselben bewegen werde; sie stehen zum Papst, und verdammen Alles, was der Papst verdammt habe. Wie die Gläubigen oder Ungläubigen der bischöflichen Diözesen selbst sich zur Sache stellen werden, ist noch abzuwarten.

* Briefe aus Rom vom 8. bestreiten die Existenz des Rundschreibens des Kardinals Antonelli, indem sie sagen, daß der Charakter der Encyclica ausschließlich theologisch und pastoral sei. Man versichert, daß der römische Hof, obgleich mit dem Brief des Kaisers Maximilian mißvergnügt, den Nuncios in Mexiko lassen wird, aber daß er kein Komforat abschließen wird.

Frankreich.

Paris, 12. Febr. Die „Europe“ (welche häufig übel berathen, mitunter jedoch auch gut unterrichtet ist) bringt eine, wie sie sagt, in Darmstadt eingetroffene offizielle Analyse der Depeche, welche Drouin de Lhuys am 8. Febr. an den Grafen Sartiges gerichtet hat und auf welche die Note des „Moniteurs“ vom 10. Febr. hinbeutete. An der Echtheit dieser Mittheilung ist nicht zu zweifeln, da heute auch die „France“ dieselbe aus der „Europe“ abdruckt. Dieselbe lautet:

Am Mittwoch Abend hat Hr. Drouin de Lhuys durch einen Exprekuriere eine Depeche an den Grafen Sartiges abgeschickt. Diese Depeche, die aus der Feder des Ministers selbst herrührt und die Zustimmung des Kaisers empfangen hat, ist nicht lang, doch bei aller Kürze ausdehnend. Hr. Drouin de Lhuys deutet kurz den Fehler an, den der apost. Nuncios durch Abfassung von Briefen an französische Prälaten gemacht hat, die der Minister in einer lung berechneten Rede-wendung den Staatsbeamten einreicht. Der Minister des Kaisers will nicht verkennen, daß Mgr. Ghigi zu seiner Rechtfertigung anführt, die von ihm an die Bischöfe von Orleans und Poitiers geschriebenen Briefe seien nur in Folge einer Unbedachtsamkeit, für die er eine Verantwortlichkeit ablehne, der Offenlichkeit übergeben worden. Doch bemerkt Hr. Drouin de Lhuys, daß, wie Dem auch sei, die Briefe nichtbedenklicher vorhanden sind. Er beauftragt daher den Grafen Sartiges, dem Kardinal Antonelli bemerklieh zu machen, wie sehr Mgr. Ghigi, der in Paris nur mit den Rechten eines diplomatischen Agenten sich befindet, in dem fraglichen Fall „seine Pflichten vergessen hat“. Hr. Drouin de Lhuys schließt, indem er diesen Vorstoß gegen die internationalen Gesetze betont, damit, daß er Hrn. Sartiges bevollmächtigt, dem Kardinal Antonelli diese Depeche vorzulesen und ihn zu eruchen, die nöthigen Maßregeln zu ergreifen, damit dergleichen Verirrungen sich nicht wiederholen (que de pareils écarts ne se renouvellent pas).

Die „France“ zeichnet die gesprungen Stellen in dieser Weise aus; den Schlusssatz brücht sie mit Verfallen. Diese Depeche ist also, als was das Gerücht sie vom ersten Tag an bezeichnete, ein so formell milder, doch entschiedener Wink für Antonelli, Mgr. Ghigi durch eine persona grata in Paris zu ersetzen. Ueber Mgr. Ghigi's Unvorsichtigkeit, um den gelindesten Ausdruck zu wählen, herrscht in der gesammten Pariser Presse nur Eine Stimme, allerdings mit der selbstverständlichen Ausnahme des „Monde“.

* **Paris, 13. Febr.** Die Depeche, welche Hr. Drouin de Lhuys wegen der Briefe des päpstlichen Nuncios an den Grafen Sartiges nach Rom geschickt, wird in dem Gelben Buch veröffentlicht werden. Man ist auf die diesmalige Thronrede allgemein gespannt. Es wird erwartet, daß sie die Entwicklung und den Stand der gegenwärtigen politischen Angelegenheiten Europa's in sehr interessanter, eingehender Weise behandeln werde. — Morgen um 12^{1/2} Uhr wird der Minister rath im Tuilerienpalast unter Vorhitz des Kaisers eine Sitzung abhalten. — Die „France“ widerspricht dem Gerücht, welches mehrere Blätter gebracht haben, daß Mgr. Ghigi seine Entlassung angeboten habe. — Die Börse war fest, aber geschäftslos. Rente 67.25. Cred. mob. 962.50. Ital. Anl. 65.25.

Spanien.

* **Madrid, 9. Febr.** In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer nahm Hr. Posada Herrera das Wort. Er vertheilte zunächst das Ministerium McDonnell gegen die Anklage, daß es eine Politik des Krieges und der Abenteuer befolgt hätte. In Bezug auf Italien sprach er sich in folgender Weise aus:

Was die Frage Italiens betrifft, so ist sie sicher dazu gemacht, uns zu interessieren. Italien ist das Land, wo das Volk entstand und sich

entwickelte, welches uns seine Gesetzgebung und sogar unsere Sprache gegeben hat; wo man die Spuren unserer alten Macht und den Glanz unserer früheren Ruhmes findet; wo das Oberhaupt der Kirche wohnt, welches das Oberhaupt aller Spanier ist! Es ist augenscheinlich, daß ein solches Land uns interessieren muß. Die Ereignisse, welche wir seit 1859 dort sich zutragen sehen, müssen uns interessieren. Wir sehen sich dort eine Nationalität erheben. Der Vertrag vom 15. Sept. hat unter Impuls der Hand Frankreichs den jetzigen Zustand der Souveränität der Halbinsel Italien in das europäische öffentliche Recht eintreten lassen, indem es Piemont anerkannte, sowie die Verlegung des Hofes nach Florenz und das Recht der Souveränität des Papstes in Rom, ein Recht, welches man nicht angreifen darf, ohne die Waffen gegen Frankreich zu ergreifen, was bedenklicher ist, als wenn man mit den Herzogen von Modena, von Toscana und den Karдинаlen zu thun hat, welche in den Legationen regieren. Im Vertrag vom 15. Sept. ist Nichts unvollständig geblieben, und ich frage die jetzige Regierung: Was ist, ihrer Ansicht nach, in Italien unvollendet? Ist es die Ausführung des Vertrags vom 15. Sept.? Wenn diese Ausführung vollendet ist, was glaubt die Regierung, daß wir alsdann thun müssen? Sollen wir damit warten, das Königreich Italien anzuerkennen, bis uns der Papst das Beispiel gegeben hat? Ich stelle diese Frage, weil ich glaube, daß die Regierung nicht, wie die Kommission, will, daß wir so lange warten, bis der Vertrag vollkommen angeführt ist, um es auf sichere Weise anzuerkennen. Was mich betrifft, so erkläre ich, daß meiner Ansicht nach entweder die Regierung nicht weiß, was sie in dieser Beziehung will, oder daß sie nicht geneigt ist, es zu sagen. Im letztern Fall wäre es besser gewesen, diese Frage nicht zu berühren; denn, davon zu sprechen, ohne zu geschehen, was man davon denkt, ist nichts Anderes, als sich über die Vertreter des Landes lustig machen.

*** Madrid, 13. Febr.** Der Finanzminister Barzonallana hat gestern in der Kommission der Vorwegnahme der Steuern erklärt, daß er in seinem Gesetzentwurf folgende Modifikationen vorgenommen habe: Die Vorwegnahme wird nur obligatorisch sein für die Steuerpflichtigen, welche über 60 Reales zahlen, und für die Beamten, welche über 8000 Reales Gehalt haben. Die Steuerpflichtigen, welche die Steuer freiwillig vorher zahlen, erhalten einen Nachlaß von 8 Prozent.

Belgien.

Brüssel, 11. Febr. (Köln. Ztg.) Der König hat sich eine Erklärung zugezogen und deshalb das Schloß Laeken seit einigen Tagen nicht verlassen. Daher stammen die übertriebenen Angaben, welche gestern und heute auch in hiesiger Stadt sich verbreitet hatten. Auch Hr. Frère hütet seit ein paar Tagen das Zimmer. Das Abgeordnetehaus hat deshalb die Debatte über die Abschaffung der Wuchersekte noch nicht in Angriff nehmen können. Heute wurde dem Minister des Innern ein neuer außerordentlicher Kredit von einer Million für Bau und Möblirung von Schulhäusern einstimmig votirt. Bei dieser Gelegenheit hielt Hr. Hymans eine schöne Rede über den Schulzwang, doch weigerte sich der Minister, eine so wichtige Frage zum Gegenstand einer zwischenfälligen Diskussion zu machen. — Hr. Rogier hat vor kurzem an die belgischen Minister im Ausland ein Rundschreiben erlassen, worin er die gleichzeitige Befestigung eines diplomatischen Postens und einer Stellung im Verwaltungsrath einer Finanzgesellschaft als unpassend bezeichnete. In Folge dieses Winkes haben die belgischen Vertreter an den Höfen von Rom und Petersburg, die H. Karolus und de Jonghe, ihre Entlassung als Mitglieder des Verwaltungsrathes der von Hrn. Langrand-Dumoncau gegründeten Banque Générale eingefandt.

Dänemark.

Kopenhagen, 8. Febr. (Hamb. Nchr.) Eine Broschüre des Artilleriemajors v. Kauffmann enthält die allerwichtigste Rechtfertigung des Generals de Meza, ja nicht nur, daß er an sich das allein Richtige in höchst kritischer Lage ergriffen, sondern darin ebenfalls sowohl dem Wortlaut als dem Geist nach den ihm gegebenen Instruktionen gemäß gehandelt hat, nur daß Hr. Monrad wie auch der ehemalige Kriegsminister Lundy sich überhaupt nicht klar die Möglichkeit eines Rückzugs ohne vorhergehende Schlacht gedacht haben. Hr. Monrad, für den die Schrift in hohem Grad kompromittirend ist, was nicht minder mit Hrn. Lundy der Fall ist, soll sogar zu dem Stabschef, welcher bekanntlich der Bruder des Broschürenverfassers ist, geäußert haben, er (Monrad) habe sich gedacht, daß man bei der Dannevirke ein Drittel des Heeres opfern könne und dann sich zurückziehen, worauf der Stabschef geantwortet, nach einer solchen Maßregel würde überhaupt kein Rückzug möglich sein. Major Kauffmann fügt bitter hinzu, daß Monrad wohl bei Düppel das zweite Drittel habe opfern wollen, und dies sei leider geschehen, das letzte Drittel dann endlich bei Fredericia. Das Kriegsrats-Protokoll wird mitgetheilt, auch die Instruktion an General de Meza, endlich ein Briefwechsel zwischen Oberst Kauffmann und Monrad. In dieser Instruktion denkt sich Hr. Lundy die Möglichkeit eines siegreichen Vordringens von der Dannevirke, wo dann die holsteinische Grenze nicht respektirt zu werden brauchte! Eine solche Illusion muß noch heute überrauschen. Ueber delikate Dinge nach Kopenhagen zu telegraphiren, hatte Lundy de Meza verboten u. Für diejenigen im Reichsrath, welche noch jetzt den General de Meza angeklagt haben wollen, ist die Schrift durchaus vernichtend.

Rußland und Polen.

Moskau. Die „Moskau. Ztg.“ enthält einen ausführlichen (offiziellen) Bericht über die Verhandlungen und zuletzt die Schließung der dortigen Adelsversammlung. In der Sitzung vom 16. Jan. ward ein Verensatzbeschl. verlesen, welcher, nach Relapinsirung der Streitpunkte, folgendermaßen schließt: Von allem Diesem hat der Hr. Minister des Innern die Versammlung der H. Marschälle und Deputirten des Gouvernements Moskau benachrichtigt. Nichtsdestoweniger hat die Deputirtenversammlung und darauf auch die Gouvernements-Adelsversammlung es für nothwendig gehalten, eine Verordnung zu erlassen, welche dem Sinn des Gutachtens des Hrn. Ministers zuwiderläuft. Das 1. Departement des dirigirenden Senats theilt vollkommen die Ansichten des Hrn. Ministers des Innern und erklärt durch einen Befehl vom 13. Jan. die Verordnung der Versammlung der Herren Marschälle und Deputirten des Gouvernements für ungültig. Hierauf benachrichtigte der Moskauer Generalgouverneur in einem Schreiben den Gouvernements-Adelsmarschall, daß alle Verordnungen der diesjährigen Versammlung des Moskauer Adels als ungültig betrachtet würden, und fordert ihn auf, die Versammlung schon jetzt zu schließen. Es ward noch hinzugefügt, daß über die Zusammenberufung einer neuen Versammlung seiner Zeit das Nöthige verfügt werden solle. Der Hr. Gouvernements-Adelsmarschall erklärte darauf die Versammlung für geschlossen.

Südamerika.

Die mit dem Dampfer „Magdalena“ eingetroffenen Nachrichten aus den La-Plata-Staaten (Montevideo, 30. Dez.) melden im Widerspruch mit den von französischen Blättern kürzlich veröffentlichten Angaben, daß Paysandu nach heldenmüthigem Widerstand seiner kleinen Garnison siegreich aus dem Kampfe hervorgegangen. Die Brasilianer hatten durch ihr Bombardement auf diese Stadt nichts ausgerichtet und sie, im Verein mit ihrem Bundesgenossen Flores, vergeblich angegriffen. Gezwungen, die Belagerung aufzuheben, haben die Brasilianer ihr Geschütz und ihre Truppen auf vier Kanonenbooten wieder eingeschiffet und sich angeordnet, den Fluß Uruguay hinunter zu fahren. Flores beorderte seine Infanterie und Kavallerie zur Unterstützung von Caraballo, eines seiner Vorgesetzten, der in der Nähe von Colonia von uruguayischen Regierungstruppen geschlagen worden ist. Flores hat starke Verluste erlitten, die Umgebung von Paysandu lag voll von Todten und Verwundeten. Der englische Dampfer „Tevere“ hatte Montevideo verlassen, und war am 15. Dez. in Paysandu eingetroffen, mit diesem der apostolische Bist, drei Geistliche, ein Arzt, ein Apotheker, vier barmherzige Schwestern, und alles Andere, was zur Pflege der Verwundeten erforderlich ist. Nach den zwei Tage vor dem Abgang des Dampfers durch einen Steamer von Corrientes eingelaufenen Nachrichten haben die Feindseligkeiten zwischen Paraguay und Brasilien begonnen. Eine paraguayische Flottille, 2000 Mann an Bord, hat den Auftrag erhalten, sich der reichen brasilianischen Provinz Matto Grosso zu bemächtigen, und es unterliegt keinem Zweifel, daß sie, außer Stande, den paraguayischen Streitkräften Widerstand leisten zu können, ohne große Schwierigkeiten bereits okkupirt ist. Der Präsident von Matto Grosso, wie sämmtliche Reisenden, die sich an Bord des gekaperten „Marquis d'Olinda“ befanden, werden in Assuncion in Gefangenschaft gehalten. Der Maschinist dieses Dampfers, William Stephens, der englischer Unterthan ist, wurde in Freiheit gesetzt.

*** Southampton, 13. Febr.** Der Kongreß von Chile hat den Gesetzentwurf angenommen, welcher zwei Millionen für die Ausdehnung der maritimen Bewaffnung anweist. Die Nachrichten aus Peru melden, daß der südamerikanischen Kongreß die Sache Perus aufgegeben hat, welcher diese Frage allein zu lösen haben wird. General Vivanco, der von der Regierung nach den Chincha-Inseln gefandt worden war, um mit den Spaniern zu unterhandeln, hat den Vorschlag gemacht, die Reklamation einer von beiden Regierungen gebildeten Kommission vorzulegen. Admiral Pareja soll darauf verlangt haben, daß als vorläufige Bedingung eine Garantie der Bezahlung der Kosten der spanischen Expedition angenommen werde. Man glaubt, Peru werde diese Bedingung annehmen.

Bermischte Nachrichten.

— München, 12. Febr. Man schreibt dem „Schwäb. Mrt.“: Was die Gerüchte über die auf Richard Wagner gefallene königliche Ungnade betrifft, so sind sie einfach als solche zu bezeichnen und ermangeln noch der Bestätigung. So viel scheint sicher, daß der König mit Mißbilligung von der im Publikum verbreiteten Meinung, er stehe unter Wagner'schem Einfluß, Kenntnis bekam und dieselbe durch Beschränkung seines Verkehrs mit Wagner zu entkräften wünscht. Der „Allg. Ztg.“ wurde von hier geschrieben, daß an den Bau eines neuen Opernhauses nicht gedacht werde.

Die hiesigen „Neuest. Nchr.“ schreiben in dem gleichen Betreff: „Die von verschiedenen Seiten gebrachte Mittheilung, Richard Wagner sei in Ungnade gefallen, kann als völlig unbegründet bezeichnet werden. Wagner's Stellung ist mit der Aufgabe verbunden: dem König zeitweise, wenn Muße und Verhältnisse es gestatten, über Musik vorzutragen. Aber schon durch die Vorbereitung der Gesammtwürde für den bevorstehenden Landtag ist die Zeit des Königs mehr als je in Anspruch genommen. Dazu kommt noch, daß Ludwig II. nunmehr seine rechtswissenschaftlichen Studien begonnen hat. Wenn somit der Kompositur seit 4 Wochen nicht mehr zum König berufen wurde, um über Musik Vorträge zu halten, so hat dies seinen Grund darin, daß der König zur Zeit eben Wichtigeres zu thun hatte. Indessen unterließ der König nicht, nach der am 1. d. im Residenztheater stattgefundenen Privataufführung Wagner'scher Musikstücke dem Kompositur das größte Lob zu spenden.“

Diese Mittheilung der „Neuest. Nchr.“ erklärt ein Korrespondent der „Allgem. Ztg.“ für gänzlich unbegründet und fährt dann fort: Ich kann Ihnen bestimmt versichern, daß R. Wagner die ihm so reich zu Theil gewordene Gnade unseres Monarchen völlig verachtet hat, und zwar auf eine solche Weise, daß nur zu wünschen ist, es möge in dem so guten und edeln Herzen unseres jugendlichen Königs nicht schon allzu früh Mißtrauen erweckt werden. [Von anderer Seite — fügt die Red. der „Allg. Ztg.“ bei — erhalten wir über R. Wagner und seine Genossen Einzelheiten berichtet, die diesen Entschluß des Königs mehr als rechtfertigen, die wir aber vorerst übergehen.]

— Am 11. Febr. wurde in München die Streitfrage des Photographen Albert gegen den Kunstsalz-Besitzer Klinger wegen Nachbildung eines photographischen Porträts des regierenden Königs vermittelst Lithographie in zweiter Instanz — nachdem die Staatsbehörde gegen das freisprechende Erkenntniß der ersten Berufung ergriffen — entschieden. Der Gerichtshof nahm an, daß die in Frage kommende Photographie kein Erzeugniß der Kunst im Sinn des Gesetzes sei, daß in der Lithographie eine Verarbeitigung zu eigenhändlicher

Form vorliege, und daß Klinger bona fide gehandelt habe, und sprach Letztern frei.

— Kassel, 12. Febr. (Fr. Z.) Oberleutnant v. Losberg vom Jägerbataillon hat den von ihm geforderten Abschied nunmehr erhalten. Derselbe soll Aussicht zum Eintritt in preussische Dienste haben.

— Flensburg, im Febr. Die „Nordb. Ztg.“ veröffentlicht folgendes Schreiben: „An die Redaktion der „Nordb. Zeitung“. Ich möchte Ihnen ersuchen, untenstehendes in Ihrem Blatte aufzunehmen, wenn nicht, werde ich Ihnen seiner Zeit zur Verantwortung ziehen. An den Stern-Korrespondenten der Nr. 56 der „Nordb. Zeitung: Wie wollen Sie in Ihrem Vaterstadt (infallig Sie ein geborenen Flensburger sind) Aufforderungen zum Aufrühr, vielleicht zu Mord und Todtschlag geben, da Sie doch eben so gut wie jedes Kind wissen, daß Flensburg durch und durch dänisch ist, ausgenommen einige deutschgeborene Handwerker und einige eingewanderte verschrobene (dem Zrennhaufe halb möglich zu übergebenen) Einwohner. Die Verantwortung überlasse ich Ihnen.“ — Flensburg, den 2. Febr. 1865. — August Hansen.

— Paris, 12. Febr. (Köln. Ztg.) Das Gespräch des heutigen Tages bildet der Ball, welcher heute Nacht in dem Palais Royal, der Residenz des Prinzen Napoleon, stattfand. Die 22 Säle des Palais Royal waren aufs reichste mit Blumen und den Kunstschätzen geschmückt, welche der Prinz nach und nach gesammelt; das Buffet war höchst reichhaltig und nichts war gepart worden, um das Beste, was in Tanzmusik in Paris vorhanden ist, zu liefern. Strauß mit seiner Musikbande war anwesend, und man bewunderte allgemein diesen Mann, der zugleich in der Oper, wo gestern Maskenball stattfand, und im Palais Royal, wo die Maskerade ohne Masken vor sich ging, Musikführe zu dirigiren verstand. Um 9 Uhr Abends wurden die Säle geöffnet. Der Prinz und die Prinzessin Napoleon empfingen ihre Gäste im dritten Saal. Der Prinz trat ganz bürgerlich auf; er trug Zivilkleidung, reichte Jedem, den er kannte, die Hand, und grüßte Die, welche er nicht kannte, auf die freundlichste Weise. Einige Minuten nach 10 Uhr trafen der Kaiser und die Kaiserin im Palais Royal ein; der Kaiser im blauen Frack mit weißem Futter und goldenen Knöpfen, welcher jetzt in Mode kommen wird. Die Kaiserin trug ein blaues Filzkleid mit einer Rosengarnitur und war mit prächtigen Diamanten geschmückt. Der Prinz Napoleon war ebenfalls im Frack, und die Prinzessin Clotilde trug ein rosenfarbenes Kleid mit einer Garnitur von grünen Blättern. Nach der Ankunft Ihrer Majestäten nahm der ganze Hof auf einer Art Estrade Platz. Der Kaiser und die Kaiserin machten mehrere Male die Runde durch die Säle, wobei der Etiquette jedoch nur wenig Rechnung getragen und es beiden Majestäten oft schwer wurde, ihren Weg durch die Menge hindurch zu finden. Von einer steifen Etiquette konnte überhaupt nicht die Rede sein. Da man hier einmal ohne Hofkleid einen Ball besuchen durfte, so hatten sich kaum hundert Personen den Zwang angethan, sich in Uniform zu stellen. Ueberhaupt hatte das ganze Fest einen imperialistisch-demokratischen Charakter. Man bemerkte u. A. die H. Guérout („Opinion Nationale“), Girardin („Presse“), und Gavini („Sicile“) mit ihrem ganzen Generalstabe, Alexander Dumas und viele andere imperialistische Demokraten; auch die Redaktionen des „Constitutionnel“, des „Moniteur“ (des großen wie des kleinen), des „Pays“ und der „France“ waren stark vertreten. Von englischen Journalisten bemerkte man Crawford (von dem „Daily News“) nebst Gemahlin (die bekannte Schriftstellerin Emilie Thonstone) und Whitehurst (vom „Daily Telegraph“). Die deutsche Presse war von Ludwig Kallisch und Simon vertreten. Das ganze diplomatische Korps war anwesend. Nur der päpstliche Nuntius und der russische Botschafter fehlten. Neben den Diplomaten figurirten die Repräsentanten der polnischen und ungarischen Emigration (darunter Lür) und viele Italiener, welche Alle in dem Prinzen Napoleon ihren eifrigsten Beschützer verehren. Viele amerikanische „Nordisten“ waren ebenfalls anwesend; dagegen fehlten die „Südisten“ des nordamerikanischen Amerika's vollständig. Auch wurde bemerkt, daß kein einziger Redakteur des „Temps“ auf dem Ball anwesend war. Der Kaiser und die Kaiserin verließen um 1 Uhr das Fest, welches jedoch erst heute Morgen um 5 Uhr endete.

Nachricht.

Telegramme.

* Stuttgart, 14. Febr. Die Abgeordnetenkammer genehmigte heute den Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe mit 56 gegen 27 Stimmen.

† Berlin, 14. Febr. Das Abgeordnetehaus setzte heute die Verhandlungen über die Arbeiterkoalitionsfrage fort. Löwe vertheidigt den Kommissionsantrag. Schulze bemerkt, die feudale Partei beute bereits die Arbeiterfrage zu politischen Zwecken aus. Reichenheim greift den Ministerpräsidenten wegen der Waldburger Untersuchung an; der Name des Königs sei mißbraucht und dem König seien lägerliche Berichte durch Arbeiterdelegirte überbracht worden. Der Handelsminister verheißt die Veröffentlichung des Untersuchungsberichts und beantragt die Einsetzung einer Kommission zur Erledigung des Antrags. — Morgen wird die Verhandlung fortgesetzt.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

13. Febr.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27 11 77	— 4 6	R.D.	ganz bew.	trüb, kalt
Mittags 2 „	11 85	— 1 5	„	„	„
Nachts 9 „	11 93	— 2 5	„	„	„

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kronlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag 16. Febr. 1. Quartal. 25. Abonnementsvorstellung. Sie hat ihr Herz entdeckt; Lustspiel in 1 Akt, von Wolfgang Müller. Hierauf: Die Komödie der Zerungen; Lustspiel in 3 Akten, nach Shakespeare von Holtei.

Theater in Baden.

Mittwoch 15. Febr. Der Salzdirektor; Lustspiel in 3 Akten, von G. zu Puttlich. Hierauf: Ein Hund der Klame; Schwank in 2 Akten, von Julius Rosen.

